



Palermo und die Krise der Obdachlosigkeit: Migrant*innen auf der Straße

Nach neuen Hitzerekorden im Sommer war der letzte Winter in Palermo (Sizilien) für die Region ungewöhnlich kalt. Über Wochen fiel Regen und in den Nächten sanken die Temperaturen auf wenige Grade über Null. Hierdurch hat sich eine ohnehin schon bestehende Krise, von der insbesondere Migrant*innen betroffen sind, verschärft: die der fehlenden Unterbringungsmöglichkeiten für Wohnungslose. Unzählige Menschen suchten vergeblich nach einer Unterkunft zumindest für die Nächte.

Die Stadt bietet Personen ohne Bleibe grundsätzlich ein Netzwerk von offiziellen und inoffiziellen Unterkünften an. Leider sind die Wartelisten jedoch sehr lang, so dass viele Menschen – einschließlich der Bedürftigsten – nicht nur Kälte und Dunkelheit, sondern auch den Gefahren der Straße ausgesetzt werden.

Die kalte Jahreszeit (November bis April) neigt sich zwar dem Ende zu, das Problem aber bleibt ungelöst. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Gemeinde die Wohnungskrise behoben haben wird, bevor die Temperaturen wieder sinken.

Was sind die Ursachen dieses Notstandes?

Bis 2020, also während der Amtszeit von Ex-Bürgermeister Leoluca Orlando und in scharfem Gegensatz zu anderen italienischen Städten, hatte Palermo eine wohlwillendere Aufnahmepolitik gegenüber obdachlosen Migrant*innen. Denn die „Marginalità Adulta“ – das Amt, das für die Unterbringung der Obdachlosen zuständig

ist – stellte Unterkünfte auch für Personen zur Verfügung, die sich nicht ausweisen konnten.

Mit Beginn der Covid-19-Pandemie begann sich die Situation zu verschlechtern. Um Ansteckungsgefahren zu verringern, reduzierte die Gemeinde die Anzahl der verfügbaren Betten in ihren Unterkünften. Diese Maßnahme blieb dann aber auch nach der Pandemie unverändert bestehen, vielleicht um die Kosten für die Unterbringung dauerhaft niedriger zu halten.

Seit 2022 steht Palermo jedoch unter einer neuen rechtsgerichteten Stadtregierung, mit der sich die Situation verschlechterte. Die *Marginalità Adulta* ist unter der neuen Verwaltung zu einem Arm der neuen Einwanderungspolitik geworden, indem sie die Praxis der Unterbringung von Menschen ohne Ausweispapiere abgeschafft hat. Anstatt mit Unterkunftsbetten hilft das Amt nun, Abschiebegefängnisse (CPRs) zu füllen. Wenn ein*e Migrant*in den Mitarbeiter*innen der Unterkunft ihre Dokumente vorlegt, leiten diese eine Kopie an die Präfektur weiter, welche wiederum den Einwanderungsstatus überprüft. Wenn die Person dort nicht nur als irregulär, sondern auch als aus einem sogenannten „sicheren“ Herkunftsland stammend angezeigt wird, besteht die Gefahr, dass sie von der Unterkunft abgeholt und direkt in ein CPR gebracht wird.

Selbst karitative religiöse Einrichtungen wie Caritas, die traditionell Migrant*innen beherbergen, gehorchen diesen neuen Richtlinien, da sie letztlich vom Staat finanziert und an diesen gebunden sind. Einige Unterkünfte, wie die „Missione Speranza e Carità“, sind sogar dafür bekannt, bestimmten Nationalitäten den Zutritt zu verweigern, also eine Art ethnische Selektion zu betreiben.

Und der Mangel an Unterkunftsbetten ist nicht das einzige Problem. Es kursieren Berichte, dass Frauen etwa in der Unterkunft an der Piazzetta della Pace Opfer von Missbrauch und sexueller Belästigung geworden sind. Da Frauenräume nicht immer zur Verfügung gestellt werden können, müssen Frauen oft in den Gemeinschaftsräumen zusammen mit ihnen unbekanntem Männern untergebracht werden. Die Mitarbeiter*innen der Unterkünfte leugnen die potenziellen Gefahren, die für die Frauen in dieser Situation entstehen können, gleichzeitig übernehmen sie schon vorab keine Verantwortung für mögliche Übergriffe.

Und auch Menschen mit psychischen Problemen fallen aus dem System: ihnen wird die Unterbringung oft mit der Begründung verweigert, sie seien aufgrund ihrer besonderen Schutzbedürftigkeit nicht für die Einrichtung geeignet. Da es aber keine geeigneten Unterkünfte gibt, landen sie letztlich auf der Straße.

Das Team der Sans Papiers-Beratungsstelle hat im Dezember 2024 um ein Treffen mit dem Stadtrat gebeten, um gemeinsam Lösungsstrategien zu besprechen, aber die Verwaltung hat die Anfrage mit der Begründung abgelehnt, es gebe kein Interesse an einem solchen Treffen. Diese Reaktion zeigt deutlich, dass die Verwaltung keinen politischen Willen hat, besagte Krise anzugehen.

Mit ihren feindseligen Praktiken gegenüber Migrant*innen ohne jegliche Unterbringung sendet die Stadtregierung eine klare Botschaft: „Ihr seid in Palermo nicht willkommen.“

24.04.2025

ARCI PORCO ROSSO